

Die Laterne

ERSCHEINT JEDEN SONNTAG

Abonnementspreis :

Jährlich . . . 12 Mk. — 18 fr.
Halbjährlich . . . 6 " — 7.50 fr.
Vierteljährlich 3 " — 3.75 "

(PORTO INBEGRIFFEN)

EXPEDITIONEN :

MOLENBECK-BRÜSSEL: 31, rue du Comte de
Flandre.

LONDON: Scherzer, Rose Street, 6,
Greek Street, Soho Square W.

NEUMUNSTER-ZÜRICH: Volksbuchhandlung.
Für AMERIKA: P. Huss, 508, North 3th. Street,
Philadelphia, Pa.

Die Laterne



No.

15.

Preis der Nummer:

20 Pfennig. — 25 Centimes.

Herausgeber F. Goetschalck.

EXPEDITION: 31, Rue du Comte de Flandre.

Molenbeck-Brüssel.

Die Laterne



Bismarck und Windthorst.

(Ein staatsmännisches Zwiegespräch.)

— Durchlaucht, es hat lange gedauert, bis Sie mich rufen liessen.

— Ich musste warten, Excellenz, bis Sie einsahen, dass ich nicht Ihr Gegner bin, und dass wir gegen gemeinsame Feinde kämpfen müssen.

— Meine Partei ist unschuldig daran, Durchlaucht, dass dieser Feind so stark geworden ist. Doch begraben wir die Vergangenheit und denken wir an die drohenden Gefahren. Frankreich....

— Die Ferry'schen Gesetzentwürfe....

— Man will dort offenbar die Kongreganisten vertreiben....

— Die ich hinübergejagt habe....

— Das ist ein Attentat auf den Katholizismus. . . .

— Und eine Beschimpfung Deutschlands.

— Unsere biederen armen Landsleute, die die Republik ausweisen wird! Was gedenken Durchlaucht mit denselben zu machen?

— Wir nehmen sie natürlich mit offenen Armen auf.

— Auch die Jesuiten?

— Die erst recht. Sie wissen ja, Excellenz, wie ich diese Gesellschaft bewundere. Nachdem das Missverständnis zwischen uns beseitigt ist, steht der Wiedereinsetzung in ihre Güter nichts im Wege.

— Und die Maigesetze?

— Makulatur!

— Und Herr Falk?

— Ich hätte ihn längst fallen lassen, aber der Kronprinz protegirt ihn hartnäckig. Ich wollte ihm mit dem Oberkirchenrath ein Bein stellen, aber der Kerl hat es gemerkt. Um Kultus und Unterricht einem versöhnlicheren und weniger kompromittirten Manne anzu-

vertrauen, muss ich erst einen vernünftigen Reichstag haben. Helfen Sie mir, die Liberalen an die Wand drücken!

— An Lust dazu, Durchlaucht, fehlt es uns nicht, aber wenn wir einflussreich sein sollen, so müssten wir den Wählern zeigen können, dass wir Ihre Freunde sind, das wird zugleich die Liberalen demüthigen.

— Ich bin gern bereit, Ihnen schon vorläufig einige Konzessionen zu machen. Sie können die abgesetzten Bischöfe und Pfarrer im Triumph einholen; wir bewilligen volle Amnestie; der Altkatholizismus wandert in die Rumpfkammer; die gesparten Gehälter sollen ausbezahlt werden.

— Mit Zinsen?

— Wenn Sie mir einen Reichstag schaffen, der das Geld dazu votirt. Ich brauche dreimal Geld.

— Wie Montecuccoli, ich verstehe. An uns soll es nicht fehlen, das Reich schlagfertig zu machen. Die Kirche ist im Prinzip Schutzzöllnerin, aber sie muss ihre Rechnung dabei finden. Ich habe in Ihrem Tarif mehrere Lücken bemerkt.

— Geniren Sie sich nicht, Excellenz, je mehr, desto besser.

— Für heute erwähne ich nur Leinwand; damit ködern wir in Schlesien und Westfalen vier Kroise. Wir werden dem Bauer schon beibringen, dass ihn die Regierung gegen die Habsucht der Städter beschützen will.

— C'est ça. Aber Sie glauben doch z. B. nicht an die Mörlichkeit, wieder Wuchergesetze einzuführen?

— Durchlaucht scherzen! Agitationsmittel, purés Agitationsmittel! Reichensperger weiss so gut wie Sie und ich, dass der Mittelstand so wie so verloren ist, aber dessen Stimmen können wir immerhin brauchen.

— Wenigstens so lange wir noch das allgemeine direkte Wahlrecht haben. Meinen Sie nicht, dass es Zeit sei, dem Schwindel ein Ende zu machen?

— Ich habe es stets gemeint, Durchlaucht. Sie hätten nicht damit anfangen sollen. Jetzt sind die Leute daran gewöhnt und es wird schwer halten. Die Plebs wird räsonniren.

— Wir werden sie zur Raison bringen. Vergessen Sie nicht, dass es Deutsche sind und keine Welsche. Die Meisten werden sagen wie Hiob: „Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen.“

— Aber die Sozialdemokraten?

— Bah, unsere Polizei ist gut und unsere Armees für alle Fälle zuverlässig. Ausserdem werden wir schon bei der Zolldebatte sehen, ob nicht ein Theil von ihnen in Güte zu uns herüberzuziehen ist. Wollen nicht auch wir das Beste des Arbeiters?

— Durchlaucht, ich bewundere Sie? Sie sind ein Tartüffe in Kanonenschießeln!

— Bitto, Excellenz, machen wir uns keine Complimente. Uebrigens bin ich der Ansicht, dass man das Wahlrecht nicht offen zu beschränken braucht. Es wird genügen, anstatt direkt, indirekt wählen zu lassen, mittelst Wahlmännern, die ihre Stimmen mündlich abgeben müssen. Verstehen Sie?

— Ich verstehe, Durchlaucht. Wer schlecht wählt, ist ein Reichsfeind und

wird auf die eine oder andere Weise unschädlich gemacht.

— Andererseits sehe ich ein, dass es ohne Diäten nicht länger geht. Wir müssen nun einmal ein Parlament haben, das im Namen des Volkes Steuern und Anleihen votirt, und jede Arbeit ist ihres Lohnes werth. Ich mache Ihnen also auch dieses Zugeständniss, aber natürlich erst für den indirekt gewählten, für den zahmen, geläuterten Reichstag.

— Natürlich. Andernfalls gäben wir ja nur den Sozialdemokraten neue Mittel in die Hände.

— Haben wir sonst etwas zu vereinbaren. Excellenz?

— Kleinigkeiten, Durchlaucht. Da ist zunächst Braunschweig...

— Unmöglich! Beim besten Willen nicht. Geld, soviel er will, auf eine Mandel Millionen mehr kommt es mir nicht an, die Zölle bringen es ja, — aber kein Land.

— Ich dachte mir es wohl, aber Durchlaucht begreifen, dass ich als ehemaliger hannöversischer Minister es

nicht abschlagen konnte, wenigstens dafür zu sprechen. Hingegen darf ich hoffen, dass Sie der Kirche in Elsass-Lothringen den gebührenden Einfluss geben werden.

— So viel Sie wünschen können. Ich ertheile Ihnen carte noire. Sie sollen die ganze Regierung zusammensetzen. Ist Ihnen Manteuffel nicht fromm genug zum Statthalter? Ich könnte Ihnen Radziwill geben.

— Danke, Durchlaucht. Später, wenn wir erst im Sattel sitzen. Vorerst wollen wir den Gegensatz zu den libres penseurs scharf markiren. Sie werden sehen, wie die Kirche germanisiren wird! Aber Sie müssen auch unter Ihren Autonomisten eine Säuberung vornehmen; Ihr Schneegans ist gelehrig, aber unzuverlässig; er schielt nach allen Seiten.

— Ich werde ihn anderwärts verwenden. Die Hauptsache bleibt immer, dass wir hier in Preussen unser Ziel erreichen. Die Geldfrage dominirt alle andern. Haben wir erst den Zollkrieg eröffnet, so wird auch bald der andere

folgen und Ihnen Ihre Satisfaktion bringen. Also legen Sie nur gegen die Liberalen los, während ich einstweilen die Sozialdemokraten aufs Korn nehmen werde.

— Durchlaucht, Sie können unbedingt auf das Centrum rechnen.

— Ich habe nie daran gezweifelt; nur sollten Sie Ihren sozialistischen Kaplänen etwas Mässigung anempfehlen. Den Liberalen Angst machen, ist schon ganz gut, aber man darf es nicht zu ernsthaft treiben, sonst fangen die Arbeiter an, daran zu glauben.

— Wir werden die Kapläne jetzt nur noch ausschliesslich in Schutzzoll arbeiten lassen.

— Vortrefflich! Nun hätten wir uns über Alles verständigt, lassen Sie uns auf den glücklichen Erfolg unseres bevorstehenden Feldzugs anstossen.

— Unserer Feldzüge, Durchlaucht!



Rede Liebknechts über den Belagerungszustand. (Reichstags-sitzung vom 17. März 1879.) (Fortsetzung)

Der folgende Passus des Berichts bringt nur einen Appell an die Furcht. Nachdem der Verfasser gemerkt hat, dass er Thatsachen zur Begründung der enormen Massregel nicht vorlegen kann, kommt er zu dem probaten Auskunftsmittel, Schwrecken zu erzeugen, ein Gespenst, das rothe Gespenst, herauf zu beschwören. Es wird angepielt auf die Versuche des Fürstenmords, welche in Spanien und Italien stattgehabt haben, und es wird gesagt, dass man, um beim Einzug des Kaisers die persönliche Sicherheit des Monarchen zu gewährleisten, zur Verhängung des Belagerungszustandes habe schreiten müssen. Meine Herren, wenn Sie den geringsten Anhaltspunkt, auch nur den Schatten eines Nachweises liefern könnten, durch welchen die deutsche Sozialdemokratie irgendwie mit jenen Mordversuchen, überhaupt mit politi-

schon Morden in Verbindung zu bringen wäre, dann würden Sie berechtigt gewesen sein, den Belagerungszustand zu proklamiren; dann würde, das erkläre ich, wie ich es vor fünf Monaten von dieser Stelle erklärt habe, das Sozialistengesetz mit allen seinen Konsequenzen gerechtfertigt sein. Aber die Beweise sind Sie unschuldig geblieben — während der Verhandlungen über das Sozialistengesetz und jetzt in dem Rechenschaftsbericht. Graf zu Eulenburg hat die Akten über Hödels und Nobilings Prozess bis heutigen Tags noch nicht veröffentlicht, und ich bin überzeugt, er wird sie nicht veröffentlichen, weil alles andere darin zu finden ist, nur keine Beweise für die Schuld der Sozialdemokraten. Und was ist weiter geschehen seit vorigem Herbst — was, das uns zur Last gelegt werden könnte? Nichts. Wir haben eine Epidemie der Verbrechen, das ist wahr; es ist in Spanien auf den Monarchen geschossen worden, es ist in Italien auf den Mo-

narchen geschossen worden, das ist richtig; aber, meine Herren, — später werde ich noch auf die Art und Weise zu sprechen kommen, wie diese Attentate ausgenutzt worden sind, — aber wo ist der Beweis für unsere Mitschuld, wo ist der Beweis dafür, dass wir deutsche Sozialdemokraten, speciell die Berliner Sozialdemokraten das geringste mit diesen Ereignissen zu schaffen gehabt haben? Jeder Sozialdemokrat, der die Grundsätze unserer Partei begriffen hat, glaubt als Sozialdemokrat an das organische Entwicklungsgesetz der Gesellschaft, er ist kraft seiner sozialdemokratischen Weltanschauung ein prinzipieller Gegner gewaltsamen persönlichen Eingreifens, persönlicher Gewaltthätigkeit, wenn auch die persönliche Gewaltthätigkeit, soweit sie in der Weltgeschichte bis jetzt vorgekommen ist, fast als Regel vorgekommen ist, durchaus erklärlich gefunden werden muss. Aber von allen politischen Parteien ist gerade die sozialistische diejenige, die von sich behaupten kann, — nicht,

dass sie den Meuchelmord missbilligt, dass setze ich von jeder Partei als selbstverständlich voraus, — nein, dass sie die Basis nicht hat, auf welcher der politische Meuchelmord entsteht: ich meine den Glauben an die Wunderkraft einzelner Personen, den Glauben an grosse Männer, an gottähnliche Individuen, die den Gang der Geschichte entweder aufhalten oder sie nach Belieben in willkürliche Bahnen lenken könnten. Wer das glaubt, wer z. B. annimmt: dieser oder jener Mann kann Deutschland verhindern, glücklich zu werden, — hier ist das Leben eines Menschen, dort das Glück von 43 Millionen! — wer so denkt, für den, meine ich, ist der Schritt von diesem Glauben zur That des politischen Mordes ein sehr kleiner. Weiss ich aber umgekehrt, dass der Tod des einen Mannes blos der Ausbreitung der Grundsätze, die ich hege, schaden würde, weiss ich weiter, dass im grossen und ganzen das Leben des Einzelnen, und wäre er der mächtigste, so wenig als der Tod des Einzelnen auf den Gang

der Entwicklung einen dem Naturgesetz widersprechenden Einfluss ausüben kann, dann weiss ich auch, dass die gewaltsame Beseitigung dieses Einzelnen keine politische That wäre, sondern einfach ein gemeines Verbrechen. Mit einem Wort, wir Sozialdemokraten stehen überhaupt nicht auf dem Standpunkt des politischen Mordes. Es ist freilich wahr, dass in der letzten Zeit eine wahre Epidemie der Verbrechen grassirt hat, dass sie noch grassirt, aber sind Sie denn sicher, dass nicht die Art und Weise, wie die Attentate in Deutschland politisch ausgebeutet worden sind, wesentlich zu dieser Verbrechenepidemie beigetragen hat? In verschiedenen Zeitungen, auch in Regierungsblättern, z. B. in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ wurde seiner Zeit ausgeführt, dass der Kultus, der mit dem Bildniss Hödels getrieben ward und die sensationellen Zeitungsartikel über das Hödelsche und Nobilingische Attentat der herostratischen Grossmannsucht geschmeichelt haben und geeignet gewesen seien, disponirte

Naturen zu ähnlichen Verbrechen anzuspornen. Wenn man liest, was von Moncasi in seinen Verhören über den Eindruck ausgesagt worden ist, welchen der Prozess Hödels und dessen Besprechung in der Presse auf ihn gemacht, wird man zu der Vermuthung gedrängt, dass, wenn die deutschen Attentate nicht so sensationell zu politischen Zwecken ausgenutzt worden wären, aller Wahrscheinlichkeit nach kein Moncasi und kein Passanante aufgetreten wären. In England hatte man auch in jüngster Zeit so etwas wie ein politisches Attentat, wenigstens glaubte man einem politischen Komplott gegen das Leben der Königin auf die Spur gekommen zu sein. Ein Tollkopf bedrohte das Leben der Königin. Ja, was that man dem Manne — M. Madden hiess der Unglückliche —? Man behandelte ihn, wie es vernünftig war, machte von der Sache kein Aufhebens und sperrte den Narren in ein Narrenhaus. Es wird kaum Jemand, der sich nachherostratischer Berühmtheit sehnt, Lust haben, dieses Schicksal zu thei-

len. Das Irrenhaus schmückte keiner Eitelkeit. Ich habe auch nicht gefunden, dass man in England befürchtete, dieser Wahnsinnige, der ohne Lärm dem einzigen für ihn passenden Bestimmungsort zugeführt worden ist, werde Nachfolger haben. Uebrigens weiss jeder Jurist, jeder Psychologe und Irrenarzt, dass ausserordentliche Verbrechen etwas Ansteckendes haben.

Wenn es jemals ein gekröntes Haupt gegeben hat, das politischen Hass nicht erregen konnte, so war es zu Anfang der vierziger Jahre die junge Königin Viktoria von England. Meine Herren, es wurde damals von einem Wahnsinnigen auf sie geschossen, die Zeitungen berichteten ausführlich und sensationell über die verübte That, und die That dieses einen Wahnsinnigen erzeugte binnen wenigen Jahren vier bis fünf Attentate auf die Königin, mehr oder weniger ernstlicher Natur. Aber Niemand ist es in England eingefallen, jene Attentate zu politischen Zwecken zu verwerthen, sie auf politische Ursachen zurückzuführen zu wollen, man glaubte

einfach an eine Epidemie des Mördens, des Verbrechens, und die Attentäter wurden sämmtlich ins Irrenhaus gesperrt. —

Auch jetzt, meine Herren, können wir mit Fug und Recht von einer Epidemie des Verbrechens reden, allein das Wort Verbrechen ist in weiterem Sinne zu nehmen, als dem des politischen Mords. Ja, es herrscht die Epidemie des Verbrechens, gerade wie wir andere Epidemien haben. — eine Epidemie der sittlichen Krankheiten, die unser Zeitalter mit früheren Geschlechtsperioden gemein hat — eine Epidemie, wie sie anzutreten pflegt, wenn alle Gesellschaften zu Grunde gehen, und besonders auch nach langen Kriegen, z. B. nach dem dreissigjährigen Kriege. Und in einer ähnlichen Periode leben wir ja gegenwärtig — die Menschheit ist ausser Rand und Band in sittlicher wie in wirtschaftlicher und politischer Beziehung — wir befinden uns in einer Aera der Kriege, und die natürliche Folge ist, dass die Statistik eine furchtbare Zunahme der

Verbrechen aufweist. Aber was hat die Sozialdemokratie damit zu thun? Man verwechselt hier wieder, wie es in dem Rechenschaftsbericht so oft geschieht, die Ursache und die Wirkung. Die Sozialdemokratie ist unzweifelhaft ein Produkt dieser krankhaften Zustände. (Ruf: Ganz richtig!) Sie ist die Reaktion des sozialen Körpers gegen die Krankheit, die in ihm steckt. Aber eine Umkehr der Wahrheit ist es, zu behaupten, die Sozialdemokratie habe die Krankheit erzeugt. Es liegt vor mir eine Schrift — ich werde Sie nicht mit Verlesen derselben beschäftigen — sie ist verfasst von dem Pastor Stursberg, einem durchaus frommen und konservativen Mann, der die Ansichten der Rechten in diesem Hause vertritt; sie handelt von der Zunahme des Verbrechens. Der Verfasser gibt eine Masse statistischen Materials, das bei der Debatte über den Belagerungszustand im preussischen Abgeordnetenhaus von dem Herrn Abgeordneten von Ludwigshon auszugsweise mitgetheilt ward. Es sind berechnete Ziffern, welche

eine wahrhaft entsetzliche Zunahme aller Verbrechen gegen das Eigenthum, die Person und die Sittlichkeit verkünden. Nun, meine Herren, Pastor Stursberg gibt sich Mühe, die Ursachen dieser Zunahme zu entdecken, und da kommt er dann zu dem Resultat, dass die Kriege einen bedeutenden Antheil daran haben . . .

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich erlaube mir den Herrn Redner zu unterbrechen. Er schweift im Augenblick von der Sache ab. Ich ersuche ihn, zur Sache zu sprechen.

Abgeordneter Liebknecht: Ich will also nur bemerken, dass in dem Büchelchen die verschiedensten Ursachen der Verbrechenszunahme erwähnt sind — aber die Sozialdemokratie ist dabei nicht mit erwähnt.

Was speciell die Thatsache betrifft dass man uns, wie es wieder in dem vorliegenden Berichte geschieht, die Attentate an die Ruckschösse hängt, so möchte ich doch darauf aufmerksam machen, dass dies ein etwas gefährliches Expe-

riment ist. Niemand ist sicher dagegen. Wir sind nicht die einzigen Opfer, es ist jetzt wohl kaum eine Partei im Reichstag, der nicht ähnliches schon passirt wäre; ja die Gefahr reicht bis oben an den Regierungstisch. Ich habe vor mir den Bericht — vorlesen werde ich ihn nicht — der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 15. Januar d. J. In dieser Sitzung musste sich unser Kollege, Herr Dr. Falk, der preussische Herr Kultusminister, gegen den Vorwurf vertheidigen, dass er an Hödel schuld sei. Er entfernte ihn sorgfältig von seinen Ruckschössen und praktizirte ihn an die Ruckschösse derer, welche die Schulregulative gemacht haben. Ich dünkte, unser Kollege Herr von Kleist-Retzow dürfte doch etwas betreten sein, wenn er in Folge jener Aeusserungen des Herrn Kultusminister Dr. Falk sich gestehen muss, dass auch seine Ruckschösse in Bezug auf die Attentate nicht ganz rein und zweifelsohne sind. (Heiterkeit.) Kurz, es lässt sich in diesem Rechenschaftsbericht absolut nicht die gering-

ste Thatsache finden, welche die ausserordentliche Massregel, die durch ihn gerechtfertigt werden sollte, irgendwie motiviren könnte. Die Regierung hat bei ihrem Vorgehen das Sozialistengesetz in einer Weise ausgelegt, wie meiner festen Ueberzeugung nach, die Majorität des Reichstags, welcher dies Gesetz erlassen hat, — wenigstens die Mehrheit der Majorität — nicht gewollt hat, dass das Gesetz ausgelegt werde. Ich weiss allerdings, wir haben es hier mit einem Ausnahmegesetz zu thun. Ein Ausnahmegesetz ist an sich schon eine Ausnahme von dem Gesetz; wir stehen damit überhaupt nicht mehr auf dem gesetzlichen Boden, mag man das Ding nennen, wie man will. Der Missbrauch und der rechtmässige Gebrauch, die bei Ausübung anderer Gesetze sich durch eine ziemlich scharfe Grenzlinie scheiden lassen, sind bei Ausnahmegesetzen einfach nicht von einander zu trennen, nicht zu unterscheiden. Hat die Absicht über eine gewisse Grenzlinie zu gehen, auch nicht

ursprünglich bestanden, so wird doch im Laufe der Praxis die Grenzlinie mit Nothwendigkeit überschritten werden.

Und nun, meine Herren, will ich kurz einige Thatsachen vorführen, die Ihnen zeigen werden, wie der kleine Belagerungszustand gehandhabt worden ist. Man hat ungefähr 60 Personen in verschiedenen Abtheilungen aus Berlin und der Umgegend ausgewiesen. Von diesen 60 Personen sind die meisten Familienväter, deren Familien hier zurückbleiben mussten, und in Folge dieser Massregel grösstentheils subsistenzlos geworden sind. Die Gemeindebehörden weigern sich, die Familien der Ausgewiesenen zu unterstützen. Da ist denn von Parteigenossen versucht worden, eine Geldsammlung zu veranstalten. Man kam bei der Polizeibehörde um die Erlaubniss ein. Die Erlaubniss wurde nach einigen Wochen verweigert, so dass wirklich der alte Satz, dass die Menschlichkeit dann doch etwas ist, was über allem, selbst über dem Gesetze steht, von der Berliner

Polizei nicht anerkannt worden ist. Es wurde von Einzelnen trotzdem privatim gesammelt. Die Polizei suchte dies mit aller Macht zu verhindern. Einer unserer Parteigenossen, Herr Bombe, wurde von geheimen Polizisten, die ihn überwachten, vor ungefähr 5 Wochen verhaftet, unter der Anklage, Geld zu unerlaubten Zwecken sammelt zu haben. Man sperrte ihn 3^{1/2} Wochen ein. Die Polizei hat eine Liste von Frauen, welche, wie sie glaubt, Unterstützungen empfangen. Von diesen Frauen suchte man den Nachweis zu erhalten, dass Herr Bombe sie unterstützt habe und dadurch dem § 16 verfallen sei, der — was die Polizei nicht zu wissen scheint — sich gegen Sammlungen zu rein humanen Zwecken nicht richtet. Aber trotzdem, dass den Frauen dieses und jenes fälschlich gesagt und insinuiert wurde, um ihnen eine Falle zu stellen, so konnte doch keine belastende Aussage erlangt werden. Im Gegentheil, die vernommenen Frauen haben, wie das auch in Wahrheit begründet war, erklärt, von Herrn Bombe

keine Gelder empfangen zu haben. Was geschieht nun? Der Mann wird der Unterschlagung vor Geldern angeklagt! Er ist jetzt vorläufig in Freiheit gesetzt; es soll ihm aber der Prozess gemacht werden, sobald genügendes Beweismaterial vorhanden ist, weil die betr. Frauen das Geld nicht direkt von ihm bekommen haben oder es nicht sagen wollen, um den Mann zu schonen; so wird nun behauptet, er habe das für diese Frauen bestimmte Geld unterschlagen, und will man ihn als gemeinen Verbrecher ins Gefängnis bringen. Also auf der einen Seite verweigert man die Gemeindeunterstützung, auf der andern Seite verfolgt man auf das härteste Jeden, der das Elend der zurückgebliebenen Familien mildern will.

Auf die Thatfachen, welche in den vorhin auszugsweise mitgetheilten Petitionen Ihnen vorgeführt worden sind, will ich hier nicht zurücksommen. Ich will bloß einiges erwähnen, was Ihnen zeigen wird, in welchem Geiste die Behörden verfahren.

Parteigenosse Greifenberg, einer der Ausgewiesenen, der in Hamburg ein Untorkommen gefunden hat, suchte um die Erlaubniß nach, herkommen zu dürfen, um bei der Uebersiedelung seiner Frau persönlich helfen zu können. Er begründete dies damit, dass seine Frau hochschwanger und in sehr schlechtem Gesundheitszustand sei, die Erlaubniß ist ihm vorweigert worden. Die Frau hatte allein mit 3 Kindern die Strapazen des Umzugs durchzumachen; sie kam mit knapper Noth nach Hamburg, hatte eine Frühgeburt und das Kind ist todt zur Welt gekommen. Meine Herren, wor hieran die Schuld trägt, das werden Sie sich selbst sagen können.

Es wurde bei Annahme des Sozialistengesetzes ausdrücklich vom Reichstag stipulirt, das Gesetz solle keine rückwirkende Kraft haben. Gut, auf der Liste der Ausgewiesenen befindet sich Steinmetz Zabel, der nachweisbar seit zwei Jahren, d. h. zwei Jahre lang vor Proklamirung des B-Jagungs-zustandes sich von jeder Parteithätigkeit

fern gehalten hatte. Seinem Gesuche, dass man die Ausweisung gegen ihn zurücknehmen solle, ist nicht willfahrt worden.

Es hat die Polizei gegen die Familien der Ausgewiesenen hier ein System der Chikanirung organisirt, welches wahrhaft empörend ist. In der Petition meines Freundes Schramm kam schon vor, dass den Morgen, nachdem er Berlin hatte verlassen müssen, in früherer Stunde bei seiner kranken, bettlägerigen Frau ein Polizeibeamter erschien, welcher das Haus durchsuchte, weil er sich persönlich überzeugen wollte, ob denn auch Herr Schramm wirklich weggegangen sei. Die Krankheit der Frau hat sich in Folge dieser höchst unangenehmen Störung natürlich verschlimmert.

Ähnlich ist es den Frauen und Familien ziemlich aller der Ausgewiesenen ergangen. Nicht einen Tag sind sie vor dem Besuch uniformirter und namentlich nicht uniformirter Polizisten sicher und die nichtuniformirten Herren Polizisten stellen sich gewöhn-

lich als Freunde des Mannes vor, und legen dabei ein eigenthümliches Interesse für die Photographien der ausgewiesenen Männer sowie anderer Sozialdemokraten an den Tag. In mehreren Fällen sind die Photographien den Frauen gewaltsam entrissen worden. In einem Falle wurde eine Photographie fortgenommen und als sie auf die Reklamation der Frau nach einigen Tagen wieder zurückgestellt wurde, fand sich bei genauerer Betrachtung, dass auf der Rückseite die Adresse des Photographen fehlte. Die Polizei hatte Kopien anfertigen lassen und der Frau irrtümlicher Weise statt des Originals eine Nachbildung zurückgegeben. (Bewegung.)

Meine Herren, so hat die geheime Polizei in diesen Fällen, wie in zahllosen andern, während der letzten Monate eine Rolle gespielt, die wahrhaftig nicht Jazu angethan ist, uns mit Stolz zu erfüllen und den deutschen Namen in den Augen des Auslandes hochzustellen, welches diese Thatsachen sehr genau registriert.

Schon zur Zeit, da das Sozialistengesetz hier zur Verhandlung stand, konnten meine Freunde und ich nicht einen Schritt gehen, ohne dass Schwärme von Geheimpolizisten hinter uns waren. Als die gegenwärtige Session begann, war der Unfug so gross, dass es sogar in uns gegnerischen Blättern, z. B. in der „Vossischen Zeitung“ gerügt werden musste. In Folge dessen geniren sich die Herren jetzt einigermaßen, und hüten sich wenigstens, dem Reichstagsgebäude allzu nahe zu kommen. Es ist aber eine Thatsache, dass die Spione sogar den Raum des Reichstags selbst nicht geschont haben: auf der Tribüne sassen notorisch Geheimpolizisten während der Verhandlungen über den Antrag auf Verhaftung Fritzsche's und Hasselmann's. (Bewegung.)

Meine Herren, dieses Spionagesystem ist gewiss nichts, was unserem Vaterland zur Ehre gereicht.

(Schluss in nächster Nummer.)



Das Eingehen der „Waage“ ist ein Ereigniss, auf welches das demokratische Bürgerthum Deutschlands nicht sehr stolz zu sein braucht.

Johann Jacoby wollte mit diesem Wochenblatt, wie mit der früher erschienenen „Zukunft“ den Versuch machen, mit allen Mitteln der Vernunft, des Gefühls und der Wissenschaft eine demokratische Partei aus den besitzenden Klassen herauszuziehen.

Kein unverdrossener, gewisserhafter Arbeiter als Guido Weiss war zu diesem saueren Geschäft aufzutreiben; keine Feder war besser als die seine dazu angethan, durch ihre ätzende Schärfe das „demokratische Gift“ an der deutschen Bourgeoisie hervorzulocken, — wenn auch nur ein Atom davon in ihr steckte.

Aber sie ist frei und rein von allen revolutionären Neligungen.

Alle literarischen Kreise des deutschen Reichs, alle Parteien zollten der hohen schriftstellerischen Bedeutung der „Waage“ ihre Anerkennung; alle nannten sie das anständigste, bestgeschriebenste Blatt Deutschlands.

Das Organ Jacobys hat wegen Mangel an Abonnenten eingehen müssen.



Beweist dies, dass Deutschland dazu bestimmt ist, ewig den literarischen Patschulligeruch der Rodenbergs, Auerbachs, Julian Schmidts einzunehmen?

Nein, es beweist nur, dass die Bismarck'sche Aera die deutsche Bourgeoisie um den letzten Rest ihres Geschmacks und Verstandes gebracht hat.

Die vielköpfigen Souveräne hören die Wahrheit ebenso ungern, als die Könige, aber auch ihnen bringt es

kein Glück, sich die Ohren zu verstopfen.

..

Die „Wango“ hatte das Verdienst, die deutsche Bourgeoisie mit apothekerhafter Genauigkeit gewogen zu haben.

Ihr Eingehen zieht die Bilanz dieses mit Gerechtigkeit und Geduld vollbrachten Geschäfts:

„Zu leicht befunden!“



Zur Notiz.

Auf mehrfache Anfragen bemerken wir, dass das erste Quartal der „Lanterne“ gegen Einsendung von 2 Mark vollständig und portofrei nachgeliefert werden kann.

Literarisches.

Staatlicher Getreidehandel oder: Wie kommt das Volk zu billigem Brod? Von Robert Seidel, kaufmännischer Leiter der Geschäfte des Schweizer Arbeiterbundes. 3 $\frac{1}{2}$ Bogen gr. Preis 60 Cts.

Diese Schrift, zunächst zur Begründung eines am 4. Mai d. J. zur Volksabstimmung im Kanton Zürich gelangenden Antrags bestimmt, widerlegt mit logischer Schärfe die gegen staatlichen Getreidehandel erhobenen Einwände, und weist, gestützt auf Sachkenntnis, mit Gründen, Thatsachen und unwiderleglichen Zahlen die Rentabilität und Nützlichkeit, sowie die Möglichkeit der praktischen Ausführung des Getreidehandels durch den Staat nach.

Bei der allgemein herrschenden Unklarheit über diese wichtige Frage ist diese Schrift höchst empfehlenswerth.



Durch uns sind zu beziehen:

New-Yorker Volkszeitung ;
Philadelphia Tagblatt ;
Volksstimme des Westens (Wochen
Ausgabe).

Ferner alle von der deutschen Regierung
verbotenen Schriften.

Die Expedition.

Briefkasten.

R. T. 22 Fres. erhalten.

Préfète, Paris. Wir empfangen regelmässig ihr vortreffliches Blatt, aber leider können wir Ihnen das unsrige nicht ebenso regelmässig zusenden, da es an der Grenze konfisziert wird. Ihre Regierung verdient den rothen Adlerorden.